Aufwärts

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.35 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 156. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Freitag, den 7. Juli 1933. | 15. Jahrgang.

411 Stadt. Bibliothek S 839

Das Ewige ist stille, laut die Vergänglichkeit,
Schweigend geht Gottes Wille über dem Erdenstreit.
W. Raabe.

Der erste Ständestaat.

Seine Verwirklichung in Sachsen.

Der sächsische Statthalter hat soeben den Aufbau und den Beginn des neuen Ständestaates für den Bereich des Landes Sachsen bekanntgegeben. Die in den letzten Wochen geschaffene „Deutsche Arbeitsfront" wird mit ihren drei sogenannten Säulen: den Arbeitern, Angestellten (Beamten) und Arbeitgebern die unterste Stütze des gesamten Volks- und Staatswesens bilden. Jeder deutsche Landesbewohner hat die Pflicht, sich der deutschen Arbeitsfront einzureihen um damit zugleich das Staatsbürgerrecht zu erwerben. Fremdrassige sollen weder das Staatsbürgerrecht noch das Wahlrecht erhalten und können keine öffentlichen Aemter bekleiden. Aus den drei Säulen werden in allen Wirtschaftsbetrieben Räte gebildet, in denen die Unternehmer den Vorsitz führen und die meiste Verantwortung tragen. Die Räte haben sämtliche Fragen, die den Arbeitsprozeß betreffen, nach bestem Gewissen zu beraten und das Notwendige zu beschließen. Erzielen sie keine Einigung, so gelangt der beratende Fall zur Entscheitung an die Kreisleitung der Arbeitsfront, wo Fachausschüsse bestehen und neben dem Kreisleiter ein ordentlicher Richter sitzt, der die Entscheidungsgewalt und außerordentliche Vollmachten hat. Er kann z. B. Betriebe enteignen, die Besitzer des Staatsbürgerrechtes für verlustig erklären und Strafen bis zu 10 Jahren Zuchthaus verhängen. Als Berufungsinstanz gilt der Bezirksleiter, dem gleichfalls ein Richter zur Seite steht. Ein besonderes Kollegium, das sich paritätisch aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern zusammensetzt, wird von der Kreisleitung zur Regelung der gesamten Lohn-, Urlaubs- und Tariffragen berufen (nicht von der Arbeitsfront gewählt.) Die Lohngestaltung erhält einen ganz neuen Kurs. Der Stundenlohn wird abgeschafft und dafür ein Durchschnittswochenlohn festgelegt, der nach einer bestimmten Lebensmittelinderziffer gefunden wird. Dieser Lohn ist variabel, d. h. er wird den verschiedenen Landes- und Tarifgebieten und der Kopfzahl der Familie des Arbeiters angepaßt. Die Kreisleitungen überprüfen den Lohn als letzte Instanz; ihr Spruch ist unabänderlich. Jeder einzelne Staatsbürger ist in seinem Existenzminimum an den neuen Durchschnittslohn gebunden; und jedem Erwerbslosen, Arbeitsinvaliden und Rentenempfänger wird das Minimum garantiert. Die Bezirks- und Kreisleiter der Arbeitsfront treffen ihrerseits beständig mit den Bezirksleitern der Wirtschaft zusammen. Auf diese Posten dürfen nur Männer berufen werden, die eine friedliche Schlichtung aller Arbeitsfragen laufend ermöglichen. Ueber ihnen steht allerdings noch der Treuhänder der Arbeit. Was die Gewerkschaften anbelangt, die in die Arbeitsfront eingetreten sind, so sollen diese in Zukunft keine Lohn- und Tariffragen mehr lösen, sondern Fachverbände zur Fortbildung und Ausbildung der Jugend sein. Ganz besonders aber sollen sie die soziale Fürsorge übernehmen, die von nun an nicht mehr Sache des Staates sein wird, sondern im Zusammengehen mit der Arbeitsfront zum Selbstverwaltungskörper erhoben wird. Die Frauenarbeit wird so rasch wie möglich auf das notwendigste Maß herabgesetzt. Die Frau soll sich wieder der Erziehung widmen und keine Mutter mehr in eine Fabrik gehen.

Neben oder innerhalb der Arbeitsfront spielen im neuen Staat die Gewerbekammern und Industrie- und Handelskammern eine besondere Rolle. Diesen Instituten wird die Pflicht auferlegt, die ihnen zugehörigen Berufszweige in Gruppen, die Arbeitnehmer und Arbeitgeber umfassen, unter Ueberwindung alles Einzel- und Gruppenegoismus zu sammeln. Zu diesem Zwecke haben alle Berufszweige und Branchen einen qualifizierten Fachmann in die Kammern zu entsenden, wo diese Fachleute als Führer der Arbeitsfront in ihrer Branche gelten. Sie erlassen nach dem Führerprinzip Anordnungen für ihre Berufe, die später in Gesetzesform festgelegt werden, was auch zu einer eigenen Gerichtsbarkeit führt. Der Präsident der Kammern hat die Fachgruppen so nachhaltig wie nur möglich in die Ideenwelt der nationalsozialistischen Wirtschaftsauffassung einzuführen, und die Kammern selbst werden ebenfalls nach dem Führerprinzip geleitet. Oberster Grundsatz aller Kammerbezirke soll sein: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz." Der Zweck der Wirtschaft soll nicht mehr im rücksichtslosen Streben nach Gewinn bestehen, wie es die liberalistische Wirtschaftsauffassung forderte, sondern das Wirtschaften darf lediglich als Pflicht des menschlichen Lebens betrachtet werden, um damit die materiellen Voraussetzungen zur Erhaltung des Lebens und seiner kulturellen und völkischen Werte zu schaffen. Alle Auswüchse des Wirtschaftslebens der letzten Jahrzehnte sind von den Kammern unnachsichtlich zu bekämpfen und auszumerzen. Was das Leben und den Schutz des einzelnen Menschen anbelangt, so besteht die vordringlichste Aufgabe der Kammern in der Hebung der menschlichen Berufsehre. Erst mit Hilfe dieses Faktors, der durch ständische Ehrengerichte geschützt wird, erhofft man auch eine großzügige Inangriffnahme des neuen Arbeitsbeschaffungsprogramms. Die mit den Kammern verbundenen Berufsgruppen haben die gesamten Produktions-, Preis- und Absatzverhältnisse ihrer Branche genau zu verfolgen und fortwährend Vorschläge zur Besserung des Arbeitsmarktes zu machen. Um die Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung restlos auszuschöpfen, müssen die Kammern dafür Sorge tragen, daß den Industriezweigen ihres Bezirkes die Aufträge sowohl der öffentlichen Hand als auch der privaten Wirtschaft des gleichen Bezirks unbedingt weitestgehend zufließen. Alle Firmen, die im Bezirk der Kammern liegen, sind bei jeder sich bietenden Gelegenheit durch Veröffentlichungen in Fachblättern und Tageszeitungen, durch Vorträge und Beratungen aufzuklären, wo Möglichkeiten zur Erlangung solcher Aufträge bestehen. Der Umweg über das Ministerium als Auskunftei über öffentliche Arbeitsvergebungen fällt endgültig fort. Damit die deutsche Fertigwarenindustrie besseren Absatz erhält, wird vor dem Gebrauch solcher Auslandswaren gewarnt, die aus Modetorheit jährlich nach Deutschland kommen, und die in Deutschland selbst in ebensolcher Qualität oder noch besser bezogen werden können. Die Kammern werden ausdrücklich darauf hingewiesen, daß beispielsweise in Sachsen mehr als 60 Prozent der Bevölkerung in der Industrie beschäftigt sind, und daß das Land, dessen große Industriebevölkerung ein ausgezeichneter und williger Abnehmer von Erzeugnissen der bäuerlichen Veredelungswirtschaft aus dem ganzen Deutschen Reiche ist, Anspruch darauf erheben könne, daß die überwiegend landwirtschaftlichen Gebietsteile des Deutschen Reiches zum Ausgleich dafür ebenso gute und willige Abnehmer der hochveredelten Erzugnisse der sächsischen Fertigindustrie sein müssen. Kammern und Wirtschaftsministerium sollen aus vereinten Kräften darangehen, durch eine systematische Propaganda laufenden Absatz für die Fertigerzeugnisse des Landes zu finden. Dabei soll die Initiative immer bei den Kammern liegen, weil diese in Verbindung mit allen Berufsgruppen stehen. Das Ministerium wird als vorgesetzte Behörde der Kammern die Autorität dieser letzteren mit allen Mitteln und auf jede Weise stärken; und sämtliche an das Ministerium gelangenden Eingaben von Einzelpersönlichkeiten, Firmen und Verbänden werden den Kammern zur Prüfung und Begutachtung vorgelegt, gegebenenfalls auch zur unmittelbaren Entscheidung. Vor dem Erlaß von wirtschaftspolitischen Gesetzen werden die Kammern gutachtlich gehört. Endlich will der neue Staat mit Hilfe der Handels-, Gewerbe- und Industriekammern und den diesen zugehörigen Fachschaften der Berufe den Kampf gegen die Industriekonzerne und Trusts aufnehmen.

Die Geldgeber der Wirtschaft, die Banken, werden in der neuen Ordnung einer sehr strengen Kontrolle unterstellt. Damit es nicht wieder nötig wird, daß die Steuerzahler die Banken sanieren, die durch falsche Geschäftsführung große Verluste haben, wird die Genossenschaftsbank als Prüf- und Kontrollorgan für die einzelnen Bankbetriebe herangezogen. Durch bestimmte Kontrollstellen soll die Stabilität und der Umlauf des Geldes so gesichert werden, daß nicht etwa die Großbanken mit ihren Filialen die von ihnen aufgespeicherten Gelder außerhalb des Landes in fremde Betriebe stecken, wo das Geld nicht der heimischen Wirtschaft zugute kommt. Das Geld, das die Bevölkerung eines Landes sich erspart und aufgebracht hat, soll also auch in diesem Lande selbst zur Vermehrung der Wirtschafts- und Arbeitsgelegenheiten verwendet werden. Auf diese Weise hofft man auch, dem Mißstand ein Ende zu bereiten, daß bisher der Kleinindustrielle, Handwerker und Gewerbetreibende, wenn er einige tausend Mark benötigte, fast nie etwas erhielt und der Mittelstand zugrunde ging, während ganz große Unternehmungen oft nach eigenartigen Grundsätzen mit vollen Händen bedacht wurden. Hinzu kommt, daß der weniger Bemittelte häufig unter größten Entbehrungen seinen Betrieb aufrecht erhielt, während größere Betriebe trotz staatlicher und gemeindlicher Unterstützungen sich nicht halten konnten. Von dieser „Entwicklung" kann Sachsen ein besonderes Lied singen. Nicht nur in bezug auf industrielle Betriebe, sondern desgleichen auf landwirtschaftliche.. Hunderte von kleinbäuerlichen Betrieben getrauten sich in den letzten Jahren nicht, den Staat um Unterstützung anzugehen; sie zogen es vor, statt alle möglichen modernen Maschinen anzuschaffen, bei den alten bäuerlichen Methoden zu bleiben und unter strengster Sparsamkeit und bei nur kärglichem Gewinn zu wirtschaften. Diesen Kleinbauern, die sich durch ihre Selbsthilfe vom Ruin retteten, während andere „großzügig" den Staat in Anspruch nahmen, muß nun in erster Linie geholfen werden. Auf dem Gebiete der Versicherungen werden entsprechende Maßnahmen getroffen. Die Gelder der Versicherten müssen in die Genossenschaftsbank übergeleitet werden, damit die heimische Industrie es nicht mehr nötig hat, sich wegen Kapitalbedarfs an die Großbanken zu wenden. Durch eine scharfe Kontrolle soll gleichzeitig eine völlige Unterbindung des sogenannten Zinswuchers erreicht werden. Wer irgendwie gegen de Gesetze der Treue, der Ehre und des Glaubens in geschäftlichen Dingen verstößt, wird sofort durch Zwangsmaßnahmen erfaßt und in Konzentrationslager gebracht. Die Sicherstellung der Spargelder der Arbeiter soll unter Hinzuziehung der bestehenden Sparkassen und unter weitgehender Ausschaltung gewisser Bankbetriebe eine besondere Aufgabe der Zukunft bilden.

Dr. A.

Zwischenbilanz

zur Londoner Weltwirtschaftskonferenz.

Von Diplomvolkswirt Dr. Richard Venter.

Die seit einiger Zeit in London tagende Weltwirtschaftskonferenz ist die zweite Zusammenkunft ihrer Art. Wenn man sich heute an die erste, die Lausonner Wirtschaftskonferenz im Jahre 1927, kaum noch erinnert, so kann dies mit Recht als ein Zeichen ihres Mißerfolges angesehen werden. Die Probleme, mit denen man sich damals zu beschäftigen hatte, lagen auf zum Teil anderer Ebene und haben seitdem eine in ihren Ausmaßen kaum erwartete Verstärkung erfahren. Das Jahr 1927 brachte eine Hochkonjunktur großen Umfangs, die Währungen waren stabilisiert, so daß es in dieser Hinsicht keinerlei Schwierigkeiten zu überwinden gab. Die Schatten, welche sich von Beginn der Londoner Konferenz an auf ihren Verlauf geworfen haben, finden ihre Ursache in der beispiellosen Weltwirtschaftskrise, die nicht nur die Schuldnerländer, sondern auch die Volkswirtschaften der Gläubiger aufs schwerste betroffen hat. Zwar hat man mit Absicht von einer Behandlung rein politischer Fragen Abstand genommen und statt dessen sich die Lösung wirtschaftlicher und handelspolitischer Probleme zur Aufgabe gestellt, aber der Erfolg der Konferenz hat eine Klärung der politischen Lage zur unbedingten Voraussetzung.

Im Gegensatz zu fast allen übrigen bei Beginn der Konferenz gehaltenen Reden nahm der deutsche Vertreter von Neurath in seiner Ansprache Gelegenheit, nachdrücklichst das politische Probleme der Vertrauens- und Wirtschaftsstärkung in den Vordergrund zu stellen. Auch betonte er ebenso wie Reichsminister Hugenberg den volkswirtschaftlich fundamentalen Grundsatz, daß schließlich internationale Schulden nur durch Waren- und Dienstleistungen abgetragen werden können. Gegen diesen Erfahrungssatz, der sich jetzt zur allgemeinen Anerkennung durchgerungen hat, ist in der Vergangenheit nur allzuoft in gröbster Weise verstoßen worden. Es ist heute eine Binsenwahrheit, daß die deutsche Wirtschaft zur Aufbringung und Transferierung der ihr auferlegten Reparationsverpflichtungen und sonstigen privaten Schulden selbstverständlich nur dann in der Lage sein kann, wenn man ihr gleichzeitig die Mittel und Wege dazu offen läßt. Zur Erreichung des Zieles, den Zahlungsverpflichtungen — schon aus Gründen neuer Vertrauensstärkung im Ausland — pünktlich nachzukommen, griff man in Deutschland nicht nur vorhandene Liquiditätsreserven an, sondern nahm durch staatliche Intervention eine starke Senkung des inneren Preisniveaus vor, um den Export zu steigern und auf diese Weise den Devisenfonds zu vermehren.

Der plötzliche Abzug der Auslandskredite brachte neue Erschütterung in den eben erst unter großen Anstrengungen begonnenen Aufstieg, die auch durch den erneuten Versuch einer Exporterhöhung zur Abdeckung der Verpflichtungen in Warenform nicht beseitigt werden konnte. Eine noch so konsequent durchgeführte Deflationspolitik vermochte nicht den von den betroffenen Ländern in erheblichem Maße vorgenommenen protektionistischen Absperrungen zu begegnen. Die unausbleibliche Folge dieses Mißerfolges wirtschaftlicher Bemühungen deutscherseits mußte daher eine weitere Schrumpfung des deutschen Außenhandels und der Zahlungsbilanz sein. Darüber konnte auch eine nach außen etwa aktiv erscheinende Zahlungsbilanz nicht hinwegtäuschen, da sie lediglich infolge

der erheblichen vom Ausland hereingenommenen Anleihen gewissermaßen geborgt oder die Steigerung des Exportes mit Verlusten und einer Belastung des Binnenmarktes erkauft worden war. Waren schon diese verhängnisvollen Auswirkungen wirtschaftsschützender Maßnahmen des Auslandes und der Gläubiger dazu angetan, neben den schon erwähnten Nachteilen auch die Deckungsreserven der deutschen Währung (Gold und Devisen) weit unter den bankgesetzlich festgelegten Satz zusammenschrumpfen zu lassen, so mußte die Abkehr der Gläubigerländer vom Goldstandard für die deutsche Volkswirtschaft eine untragbare Erhöhung der Schuldenlast mit sich bringen. Die Exportvorteile, in deren Genuß zudem diese Länder wie England und Amerika durch die Entwertung ihrer Währungen gelangten, durch eine weitere Herabsetzung des innerdeutschen Preisniveaus wett zu machen, war völlig ausgeschlossen. Die Forderung nach einer Aktivierung des Handelsverkehrs, um den internationalen Verpflichtungen nachzukommen und die unzureichende Deckungsgrundlage der deutschen Währung aufzufüllen, wurden daher dringender denn je zuvor. Sie führten u. a. zu den bekannten Transferbesprechungen über ein Moratorium zwischen dem Leiter der deutschen Reichsbank und den ausländischen Gläubigern.

Deutschlands Interesse an positiven Ergebnissen der Weltwirtschaftskonferenz liegt, wenn auch der enge Zusammenhang mit einer vorherigen Vereinigung politischer Fragen stets betont wird, mithin vornehmlich auf handelspolitischem Gebiet. Die Schwierigkeiten, in denen sich der größte Teil der an der Konferenz beteiligten Staaten befindet, erfordern eine Verständigung über alle sich ergebenden Fragen und können nur in gemeinsamer Anstrengung überwunden werden. Die wichtigste Frage, von deren glücklicher Lösung der Erfolg der Verhandlungen weitgehend abhängig ist, ist die Währungsfrage. Eine Verständigung über die jetzt noch bestehende Ungleichheit u. geringe Stabilität der verschiedenen Währungen ist die Voraussetzung für alle übrigen die Konferenz beschäftigenden Probleme. Ohne die Wiederherstellung einer stabilen Rechnungsgrundlage u. der Einheitlichkeit der Währungssysteme kann schlechterdings der Abschluß dauerhafter Verträge auf handelspolitischem Gebiet nicht erwartet werden. Somit ist die Lösung des Währungsproblems zur Plattform geworden, auf welcher ein weiterer Aufbau zur Wiederherstellung einer geordneten Weltwirtschaft nur vorgenommen werden kann. Die enttäuschenden Erfahrungen, welche England nach ursprünglichen Exportvorteilen durch das Verlassen des Goldstandards neuerdings in seinem Außenhandel erlebt hat, machen es mehr denn je geneigter, zur ursprünglichen Goldwährung zurückzukehren, um so mehr, als die Abwertung des Dollars England aus seiner für unerschütterlich gehaltenen Position herausgedrängt hat.

Hingegen zeigt Amerika keinerlei Neigung, seine Währung zu stabilisieren und damit zur Schaffung einer festen Verhandlungsbasis beizutragen, weil der Zweck der Inflation — nämlich die Erhöhung der Rohstoffpreise, Kreditausweitung und möglicherweise eine innere Entschuldung — zur Ankurbelung der Wirtschaft noch keineswegs erreicht zu sein scheint. Bisher haben sich die Gegensätze, die zwischen denjenigen Ländern bestehen, welche von der Goldwährung abgegangen sind und solchen, die den Goldstandard aufrechterhalten oder ihn wie Deutschland durch eine gesetzliche Devisenbewirtschaftung schützen, nicht überbrücken lassen. Sie bestehen vor allem auch in der verschiedenartigen Auffassung von den Mitteln, die zur Wiederbelebung der Wirtschaft zur Anwendung gelangen sollen. Während die Vereinigten Staaten in einer Inflation, mithin von der Geldseite her, das wirkungsvollste Krisenbekämpfungsmittel sehen und daher die Währungsfrage bei den Konferenzverhandlungen nur untergeordnet behandelt wissen wollen, sehen insbesondere die europäischen Staaten unter gleichzeitiger Anerkennung der Notwendigkeit einer Erhöhung der Rohstoffpreise den Weg hierzu in einer natürlichen Umsatzsteigerung, die ihrerseits wiederum die Folge eines echten Konjunkturaufstiegs sein muß. Dieser kann jedoch nur dann erzielt werden, wenn die eine Wirtschaftsbelebung hemmenden Momente nach Möglichkeit ausgeschaltet sind. Zu den zu ergreifenden Maßnahmen gehört neben der Beseitigung der durch die Abwertung der Währung einzelnen Ländern gesicherten Exportvorteilen die Wiederherstellung eines freien Leistungsaustausches zwischen den einzelnen Volkswirtschaften durch Aufhebung handelshemmender Grundursachen. Außerdem erfordert die Erreichung des gesteckten Zieles eine endgültige, den Erfordernissen der Schuldner- und Gläubigerländer gleichermaßen Rechnung tragende Regelung der internationalen Schulden. Die Erkenntnis, daß sich ein Land auf die Dauer nicht auf Kosten eines anderen bereichern kann, wenn es sich nicht auch seinerseits zu Gegenleistungen bereit erklärt, muß den Geist der Verhandlungen in London durchsetzen, um das Ergebnis nicht wie bei vielen anderen Konferenzen negativ ausfallen zu lassen. Gegen diese Anschauung verstößt es jedoch in keiner Weise, wenn die einzelnen Staaten zunächst ihre wirtschaftspolitischen Bemühungen darauf abstellen, auf den verschiedensten Wegen ihre Binnenwirtschaft zu stärken, denn nur eine kaufkräftige, aufnahmefähige Nationalwirtschaft ist befähigt, in wechselseitigen Handelsverkehr mit fremden Wirtschaften zu treten und auf diese Weise die festgefahrene Weltwirtschaft wieder in Gang zu bringen.

Abwehrkampf gegen Dollfuß

Aufruf der Landesleitung Oesterreichs der NSDAP.

Wien, 6. Juli.

Die Landesleitung der NSDAP. Oesterreichs und die Führung des Steierischen Heimatschutzes veröffentlichen einen Aufruf, in dem es u. a. heißt:

Seit 15 Jahren geht das Ringen in Oesterreich zwischen deutschem Blut und französischem Sold, zwischen dem deutschen Blut seines Volkes, das hindrängt zum Reiche, zur großen Schicksalsgemeinschaft aller Deutschen, und dem französischen Geld, das es herüberdrängen will auf die andere Seite, in die Reihen der Feinde Deutschlands.

Das Verbot der nationalsozialistischen Bewegung Oesterreichs durch die Regierung Dollfuß ist ein Dolchstoß in den Rücken der deutschen Erhebung.

Die nationalsozialistische Bewegung Oesterreichs weist mit rücksichtsloser Schärfe und Schroffheit den von der Regierung Dollfuß und ihrer „österreichischen Front" gegen sie erhobenen Vorwurf des Hoch- und Landesverrats zurück. Landes-, d. h. Volksverrat, begeht nicht, wer die Einigung des deutschen Volkes in geistiger und staatlicher Hinsicht erstrebt, sondern wer sie im Dienste der Feinde des deutschen Volkes verhindert.

Die wiederholt abgegebenen Erklärungen des Bundeskanzlers, daß er bereit sei, einer neuen österreichischen nationalen Front die Hand zu reichen, aber nur nach deren völliger Loslösung von der nationalsozialistischen Bewegung des Reiches, und unter neuen „unbelasteten" Führern weist die Landesleitung der NSDAP Oesterreichs mit aller Eindeutigkeit und Schärfe zurück als eine überhebliche Anmaßung, die in keiner Weise weder durch die Lage noch durch tatsächliche Kräfteverhältnisse gerechtfertigt ist.

Die Organisation in ihrer neuen Form ist fertig. Den Kampf, den die Regierung Dollfuß uns aufgezwungen hat, nehmen wir auf und werden ihn mit rücksichtsloser Härte durchführen bis zum Siege.

Der Mandschureistaat ist bereit, für Erwerbung der sowjetrussischen Anteile an der ostchinesischen Bahn 50 Millionen Yen zu zahlen.

Drei chinesische Kriegsschiffe haben ihren Heimathafen Tsingtau eigenmächtig verlassen und steuern anscheinend nach Südchina, um sich den Machthabern von Kanton zur Verfügung zu stellen.

Reichsbahn schafft Arbeit

Arbeitsprogramm in Höhe von 560 Millionen aufgestellt. — Ein Jahr Beschäftigung für 250 000 Arbeitskräfte.

Berlin, 6. Juli.

Der dem Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn vorgelegte vorläufige Ueberblick über die Entwicklung der Einnahmen für das erste Halbjahr 1933 berechtigt zu der Hoffnung, daß die wirtschaftliche Entwicklung die bisherige Einnahmeschätzung für 1933 rechtfertigen wird.

Die Reichsbahn wird ihrerseits die Entwicklung durch ein großes Arbeitsbeschaffungsprogramm fördern. In eingehenden Besprechungen mit der Reichsregierung und der Reichsbank ist ein Arbeitsprogramm in Höhe von 560 Millionen Mark aufgestellt und finanziert worden. Da zunächst die Auflegung einer langfristigen Anleihe noch nicht möglich ist, erfolgt die Aufbringung des Geldbedarfs zwischenzeitlich durch Wechsel, deren Unterbringung gesichert werden konnte. Mit den Arbeiten können 250 000 Arbeitskräfte durchschnittlich für die Dauer eines Jahres beschäftigt werden.

Der Verwaltungsrat beschloß ferner, von der reichsgesetzlichen Ermächtigung zur Gründung des Zweigunternehmens „Reichsautobahnen" Gebrauch zu machen. Damit die Arbeiten sofort in Angriff genommen werden können, ohne die endgültige Finanzierung abzuwarten, stellt die Reichsbahn dem neuen Unternehmen ein Darlehen von 50 Millionen Mark zur Verfügung. Die Arbeiten haben auf der Strecke Frankfurt—Mannheim bereits begonnen.

Appell an die Unternehmer

Beteiligung an den Kundgebungen der Arbeitsfront erwünscht.

Berlin, 6. Juli

Das Presseamt der Deutschen Arbeitsfront teilt mit:

Die erste große Versammlungswelle der Deutschen Arbeitsfront rollt. In allen großen Städten Deutschlands finden gewaltige Massenkundgebungen des schaffenden Volkes statt. In Nürnberg, Frankfurt a. M., Koblenz und Köln marschierten Zehn- und Hunderttausende deutscher Volksgenossen und legten ein Bekenntnis zu Volk und Vaterland ab. Arbeiter und Angestellte aller Berufe demonstrierten gegen den zerstörenden Klassenkampf für die deutsche Volksgemeinschaft.

Es ist der Wunsch des Führers der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, daß auch die deutschen Unternehmer als Mitglieder der Deutschen Arbeitsfront sich an den Kundgebungen beteiligen.

Der zusammen mit seinen Mitarbeitern, mit den Arbeitern und Angestellten in der Demonstration marschierende Unternehmer vervollständigt auch nach außen das Bild wahrer Volksgemeinschaft. Alle deutschen Unternehmer werden deshalb aufgefordert, durch restlose Teilnahme an den Veranstaltungen der Deutschen Arbeitsfront für die Ueberwindung des Klassenkampfgedankens zu demonstrieren.

Rettung Ostpreußens

Einleitung einer großzügigen Aktion

Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Adolf Hitler und in Gegenwart des Oberpräsidenten von Ostpreußen, Erich Koch, fand in der Reichskanzlei eine Besprechung über Maßnahmen zum Wiederaufbau der ostpreußischen Wirtschaft statt. Hierbei wurde festgestellt, daß die Rettung Ostpreußens aus seiner gegenwärtigen Notlage gesondert von den Landwirtschaftsproblemen und auch von dem Osthilfeproblem in Angriff genommen werden muß.

Es soll eine großzügige Aktion eingeleitet werden, durch die öffentliche und private Aufträge aus dem ganzen Reiche bevorzugt nach Ostpreußen gelegt werden. Darüber hinaus sollen in Ostpreußen auch auf dem Kulturgebiet vom Reich aus weitgreifende Pläne durchgeführt werden. Die ostpreußische Bevölkerung soll gerade jetzt bei Beginn der Erntearbeit das Bewußtsein haben, daß der Ertrag aus der Arbeit gesichert ist und daß der Lebens- und Aufbauwille des gesamten deutschen Volkes heute mehr denn je geschlossen hinter dem Leidenslande Ostpreußen steht.

Führertagung des Evangelischen Reichsverbandes weiblicher Jugend.

Die Bewegtheit unserer Zeit und im besonderen unseres Volkes bringt heute allenthalten Kräfte in Spannung und Tätigkeit, die sonst in nichtbeachteten Tiefen des Lebens zu schlummern schienen.

Dieser Pulsschlag des Lebens durchdrang alle Veranstaltungen der Führerrüstzeit, welche der Evangelische Reichsverband weiblicher Jugend vom 21. bis 27. Juni mit etwa 450 Teilnehmern aus allen Teilen Deutschlands, ja auch aus Danzig, Oesterreich u. Posen in Swinemünde gehalten hat. Und wer etwas von Wagemut und Kampfesfreudigkeit in sich hat, mag dort etwas davon gespürt haben, wie wir mitten in einer Zeit schwersten inneren Ringens trotz alledem tief dankbar dafür sein können, daß Gottes Hand so sichtbar eingegriffen hat in die Geschicke unseres Volkes und Kräfte ans Licht zwingt, die lange schliefen.

Von den Eröffnungsworten des Vorsitzenden, Pastor Riethmüller, bis zu den Kundgebungen der Jugend des Pommerschen Provinzialverbandes am Sonntag vormittag auf dem Markt und am Nachmittag im Stadion, wie durch alle Vorträge und Besprechungen hindurch klang immer wieder ernst und kraftvoll das „Ja" auf, das verantwortungsbewußte Ja zu unserem Volk und seinem stürmischen Drängen nach straffem u. kernhaftem Aufbau des neuen Deutschen Reiches unter der Führung unseres Volkskanzlers Adolf Hitler. Daß solcher Wille zu straffem Aufbau auch mitten in unserer Verbandsjugend lebendig ist, kam nicht nur in den Arbeitsbesprechungen der Tagung immer wieder zum Ausdruck, sondern das hat diese selbst mit der Tat bewiesen, sowohl als sie gemeinsam mit den Jugendscharen Swinemündes am Johannisfeuer sich zusammenschloß, als auch bei den eigenen Kundgebungen in Straffheit und Zucht während des Sonntags. Das trat nicht nur frei und kraftvoll nach außen in Erscheinung, sondern es wirkte sich vor allem — und das war etwas besonders Charakteristisches an der Tagung — in dem heißen Bemühen aller Referate und Aussprachen aus, sich in rückhaltlosem Mut mit allem, was uns durchs Evangelium anvertraut ist, offen und lebensnah in die Volksgemeinschaft und ihre nationale Bewegung hineinzustellen. Die Versammlungsteilnehmer waren aus allen Kirchengebieten Deutschlands und aus allen heute z. T. in heftiger Auseinandersetzung befindlichen kirchlichen Richtungen gekommen. Trotzdem durften sie immer wieder feststellen, daß sie zuinnerst verbunden waren. Das beruhte darauf, daß alle willig waren, den Weg zu gehen, auf den der Führer unseres Reichsverbandes in klarer, vollmächtiger Weise hinwies, den Weg, auf dem man ganz ernst macht mit dem Evangelium. Pastor Riethmüller machte immer wieder das eine deutlich: Wer diesen Weg geht, der hängt nicht an Dingen, die morsch geworden sind und keine bleibende Berechtigung behalten, sondern der ist bereit zum Neubau, wenn es sein muß, zum radikalen Neubau, aber er greift dieses Werk nur an nach den Grundlinien, die das Evangelium aufzeigt. Auf dieser Linie fanden sich alle, auch die entgegengesetztesten Richtungen. — Daß und wie Christus uns in Anspruch nimmt für den Herrschaftsanspruch Gottes, das taten die stillen Morgenfeiern in der Kirche und die gemeinsame Bibelarbeit so klar dar, daß auch die freimütigsten Aussprachen davon beherrscht waren. Die erbetene gemeinsame Abendmahlsfeier zum Abschluß war der Ausdruck dieser innersten Verbundenheit. Wohin nun auch die Teilnehmer auseinandergegangen sein mögen, und was nun auch kommen mag, das ist gewiß, daß alle von neuem die Kraft des Evangeliums erfahren haben.

Wie stark man sich untereinander verbunden fühlte, zeigte sich auch in einer Sonderbesprechung der Verbandsführer aus allen Teilen des Reiches. Obwohl auch sie, wie oben erwähnt, den verschiedenen kirchlichen Gruppen angehörten, kam die Verbundenheit in der Verbandsführung in unzweideutiger Weise zum Ausdruck in der kraftvollen Art, in welcher Pastor Riethmüller als dem Führer des Reichsverbandes restloses und unantastbares Vertrauen ausgesprochen wurde.

Ueber dieser Tagung stand in Kraft und Wahrheit das Wort, das auch die Jahreslosung des Reichsverbandes für das Jahr 1933 ist, 2. Tim. 1, 7: Gott hat uns nicht gegeben den Geist der Furcht, sondern der Kraft und der Liebe und der Zucht.

K. L.

Der Zukunftskrieg.

Ueber denselben wird viel gefabelt, die einen schildern ihn mit den allerschlimmsten Farben, die andern meinen ungläubig: So schlimm wird es schon nicht sein. Da ist es von großem Wert, einmal wirkliche Fachleute darüber zu hören. Dies ist möglich in dem englischen Buch „What would be the character auf a new war?" (Welches wird der Charakter eines neuen Krieges sein?). Der Herausgeber läßt in dem Werk 18 bedeutende militärische und chemische Sachverständige über jene Frage zu Worte kommen, und zwar so, daß keiner von dem Beitrag des anderen etwas wußte. Das Ergebnis gibt jenen Schwarzsehern durchaus recht, es ist geradezu erschütternd.

Zunächst erklären die militärischen Sachverständigen, daß die Methoden der Kriegführung völlig andere als bisher sein werden: der Krieg wird ganz motorisiert und mechanisiert werden. Wie schon im Weltkrieg die Kavallerie, so wird im neuen Krieg auch die Infanterie ganz veraltet sein. Sie wird von den Tanks vernichtet werden. Schon im Hinblick darauf erklärt der englische General Fuller, der neue Krieg werde nur noch eine große Metzelei sein. Die motorisierten Truppen werden die größte Rolle spielen. Daher wird auch die militärische Ausbildung eine

Das Zentrum ist nicht mehr

Mit sofortiger Wirkung aufgelöst

— Berlin, 5. Juli. Die Deutsche Zentrumspartei veröffentlicht am Mittwoch spät abends eine Mitteilung, wonach das Zentrum auf Grund der völlig veränderten politischen Lage im Einvernehmen mit dem Reichskanzler beschlossen hat, sich mit sofortiger Wirkung aufzulösen.

*

Eine letzte Kundgebung des Zentrums.

— Berlin, 5. Juli. Die Reichsleitung des Deutschen Zentrums veröffentlicht folgende abschließende Kundgebung:

„Das Deutsche Zentrum ist nicht mehr. Sein Rücktritt vom Schauplatz der politischen Geschichte erfolgt wie seine Geburt vor nunmehr 6 Jahrzehnten unter den Stürmen einer neuen Zeit.

Fest und tief im katholischen Volksteil verwurzelt und auf seine Volksverbundenheit erprobt hat das Zentrum stets vermocht, Millionen Deutscher mit Achtung vor der Obrigkeit, mit der Liebe zum Vaterland, mit Respekt vor der Ueberzeugung der Mitmenschen zu einem Staatsbürgerbewußtsein zu erziehen, das auch für das neue Reich von unermeßlichem Vorteil ist.

Diese zur Staatstreue und zum selbstlosen Dienst am Volksganzen erzogenen Millionen sind ein so wertvolles Element im Gemeinschaftsleben, daß sie auf die Dauer weder übersehen werden können noch übersehen werden sollen, wenn es gilt, die Volkskräfte unauflöslich aneinander zu schweißen und Staat und Volk gegen die feindlichen Mächte der Zersetzung zu schützen.

Im ehrlichen Streben, am Neubau des Staates und der Volksgemeinschaft mitzuwirken, dürfen und werden sich die ehemaligen Zentrumsleute auch heute von niemandem übertreffen lassen.

Die Stunde des Abschieds sei eine Stunde ehrfurchtsvollen Gedenkens an unsere großen Führer und aufrichtigen Dankes an alle, die treu zur alten Fahne gestanden haben. Wenn wir auch jetzt den zeitbedingten Rahmen der Partei legen, so tun wir das in dem festen Willen, auch weiterhin dem Volksganzen zu dienen, getreu unserer stolzen Ueberlieferung, die stets Staat und Vaterland über die Partei gestellt hat. Heil Deutschland!"

Die neue Stellung des Reiches

Das Reichsstatthaltergesetz ein verfassungsrechtliches Grundgesetz.

In der Vortragsreihe der Verwaltungsakademie Berlin über die öffentliche Verwaltung im neuen Reich hielt der Staatssekretär im Reichsinnenministerium Dr. Pfundtner eine Vorlesung über die neue Stellung des Reiches.

Der Redner erläuterte das große Gesetzgebungswerk der nationalen Regierung in seiner staatsrechtlichen Bedeutung und charakterisierte im besonderen den bisher größten Wurf der Regierung Hitlers, das Reichsstatthaltergesetz, als ein verfassungsrechtliches Grundgesetz. Die Ausführungen gipfelten in der Feststellung, daß die Stellung des Reiches gegenüber den Ländern in einem Maße gestärkt worden sei, das selbst die in der Bismarckschen Verfassung geschaffene Reichseinheit weit überrage.

Die Reichsstatthalter verglich der Redner in der Auswirkung ihrer Befugnisse mit konstitutionellen Monarchen früherer Zeiten. Die Hauptaufgabe der Länder besteht künftig in der Verwaltungstätigkeit. Doch nicht darin allein liegt ihre Bedeutung. Im Kirchen- und Schulwesen, in der Rechtspflege und auf finanziellem Gebiete erheben sie sich über Verwaltungskörper hinaus zu politischen Gebilden, die mit echten Hoheitsrechten ausgestattet bleiben.

Eine Garantie für den gegenwärtigen territorialen Stand der Länder sei allerdings im Reichsstatthaltergesetz nicht gegeben. Zum mindesten hält der Staatssekretär einen Austausch der zahlreichen En- und Exklaven als unumgänglich.

Die Gesetzgebungspläne

Zum Schluß gab der Vortragende einen Ausblick auf die Gesetzgebungspläne des Kabinetts. Ein neues Reichsangehörigkeitsgesetz wird nicht nur an Stelle der deutschen Staatsangehörigkeit treten, es wird vielmehr Unterscheidungen innerhalb der Reichsangehörigkeit zu treffen haben, je nachdem der Reichsangehörige deutschen oder fremden Blutes ist. Das Reichsvolk des neuen Staates werden nur die Reichsdeutschen bilden können. Dazu wird ein besonderes Reichsbürgerrecht treten müssen, das dem Deutschgeborenen die Reichsangehörigkeit nicht ohne weiteres in die Wiege legt, sondern das ihm feierlich verliehen wird, nachdem er sich durch besondere Leistungen und treue Dienste am Staate seiner würdig gezeigt hat. Erst der so ausgestattete Reichsbürger wird künftig im und am Staat mitarbeiten dürfen.

Ausstoßung der geflohenen Marxisten.

Aus den weiteren Ausführungen des Staatssekretärs ist noch erwähnenswert, daß die ins Ausland geflüchteten ehemaligen sozialdemokratischen Führer in kurzem durch ein Reichsgesetz als Landesverräter aus dem deutschen Volksverband ausgestoßen werden sollen.

Kreuzbundtagung in Danzig

Unter starker Beteiligung aus allen Gegenden des Reiches fand hier die Reichstagung des Kreuzbundes, Reichsverband abstinenter Katholiken, statt. Die Tagung gewann eine besondere Bedeutung durch die am 30. Juni durch den Reichsinnenminister Dr. Frick erfolgte staatliche Anerkennung des Kreuzbundes. Bischof Kaller aus der ostpreußischen Diözese Ermland betonte, daß die Ueberwindung des Alkoholismus eine der wichtigsten Voraussetzungen für die innere Erneuerung des deutschen Volkes sei.

Der Hinweis des Festredners Pfarrer Weidmann (Oberhausen), daß das Beispiel unseres Volkskanzlers Hitler mit seiner gänzlichen Enthaltung von alkoholischen Getränken und mit seiner denkbar einfachen Lebensweise Nachahmung aller Volksschichten, vor allem aber Nachahmung aller Führer und der ganzen deutschen Jugend finden müsse, weckten besonders starken Beifallssturm.

Die Verbundenheit der Reichsdeutschen mit dem deutschen Danzig kam auf der Tagung eindrucksvoll zum Ausdruck.

Der Schiffsfriedhof wird kleiner

Zeichen der Wirtschaftsbesserung auch in der Seeschiffahrt.

Hamburg, 6. Juli.

Auch in der Seeschiffahrt ist in Verfolg der wirtschaftsfördernden Maßnahmen der Reichsregierung eine zunehmende Besserung deutlich erkennbar. So betrug die Zahl der aufliegenden Seeschiffe am 1. Juli in Hamburg 94 gegen 125 am 1. Juni. Der Raumgehalt belief sich auf 401 770 BRT. gegen 240 358 NRT. gegen 515 147 bezw. 307 459. Unter den 94 Seeschiffen befanden sich 89 deutsche (120 am 1. Juni).

Ist der Rückgang der aufgelegten Tonnage gegenüber dem Vormonat mit 113 000 Tonnen, d. h. über 20 Prozent, schon sehr beträchtlich, so wird die günstige Entwicklung besonders deutlich, wenn man die Zahlen vom 1. Juli vorigen Jahres zum Vergleich heranzieht. Damals lagen im Hamburger Hafen 718 116 BRT. auf, so daß der Rückgang gegen das Vorjahr bereits rund 44 Prozent beträgt.

Selbstauflösung des Katholischen Wandervogelbundes.

Die Pressestelle der Reichsjugendführung teilt mit: Der Katholische Wandervogelbund hat sich durch Beschluß des Reichsführertreffens in Düsseldorf am 2. Juli 1933 aufgelöst.

Indexwährung in U.S.A.

Roosevelt für neue Wege der Währungspolitik.

— Neuyork, 5. Juli. Wie „Universal" meldet, beabsichtigt Roosevelt eine Indexwährung zur Unterstützung des amerikanischen Erholungsprogramms. Das Goldausfuhrverbot bleibe jedoch unbeschränkt bestehen. Außer dem Goldvorrat solle auch das Silber als Deckung der Indexwährung dienen. Die Indexwährung sei notwendig, um die innere Kaufkraft Amerikas sicherzustellen. Das Indexwährungsprogramm, über das seit der Rückkehr aus Washington ununterbrochen mit maßgebenden Persönlichkeiten gesprochen worden sei, sei einer der kühnsten Pläne der Roosevelt-Regierung. Es handele sich um einen Versuch, wobei Roosevelt bereit sei, nötigenfalls 5 bis 6 verschiedene Wege zu gehen, bis der richtige gefunden sei. Eine Aenderung des Dollargoldgehaltes sei hierfür aber notwendig.

Roosevelt, so wird weiter festgestellt, sei davon überzeugt, daß die Konferenz fortdauere. Der beste Beweis dafür sei, daß der neue schwedische Gesandte Steinhardt mit Roosevelts neuen Anweisungen nach London entsandt worden sei. Roosevelt halte es für notwendig, daß die europäischen Länder ihren Haushalt und die nationalen Währungen in jedem Teile den Preisen der eigenen Länder anpaßten. Roosevelt sei für diesen Fall bereit, dem anderen Staate Gold als Deckung abzugeben.

*

Roosevelt wünscht Fortsetzung

Neue Weisungen für die amerikanische Konferenzabordnung.

Washington, 6. Juli.

Die drohende Vertagung der Londoner Weltwirtschaftskonferenz hat Präsident Roosevelt veranlaßt, seine Erholungskreuzfahrt auf dem Atlantik abzubrechen und ins Weiße Haus zurückzukehren. Nach seiner Ankunft in Washington hat der Präsident der amerikanischen Delegation auf der Weltwirtschaftskonferenz in London neue Weisungen telegraphiert, wonach sie nichts unversucht lassen solle, um einen Fortgang der Konferenz zu sichern.

Laut „Herald Tribune" betont man in amtlichen Kreisen, daß eine neue Botschaft des Präsidenten den Goldwährungsländern zeigen werde, was die Welt tun könne, ohne daß zuvor ein Währungswaffenstillstand geschlossen zu werden brauche. Roosevelt halte es für seine Pflicht zu beweisen, daß der Weg noch frei sei, um die Weltkrise durch eine internationale Gemeinschaftsaktion zu heilen.

In amerikanischen Konferenzkreisen ist man der Auffassung, daß die Konferenz die Hebung des Preisniveaus auch in den nichtamerikanischen Ländern weiter erörtern kann. Die englische Abordnung ist, wie man annimmt, der gleichen Ansicht, und auch die Dominien sowie die nordischen Länder wünschen eine sofortige Vertagung der Konferenz nicht. Gerade diese Staaten bekunden besonderes Interesse an der Inangriffnahme der wirtschaftspolitischen Probleme (Zolltarife, Produktionsregelung, Preisverbesserung).

Gleichwohl hat man in London selbst wenig Hoffnung, daß es gelingen werde, die Konferenz wieder flottzumachen. Nachdem Roosevelt es abgelehnt hat, sich in der Frage einer Stabilisierung des Dollars festzulegen, haben sich die Goldwährungsländer, wie verlautet, energisch für eine sofortige Aufhebung der Konferenz eingesetzt. Sie konnten nur durch die Mitteilung Macdonalds zum Nachgeben bewogen werden, daß bis zum Donnerstag vielleicht eine weitere Erklärung zum Standpunkt des Präsidenten Roosevelt eingelaufen sein werde, die der Konferenz eine neue Grundlage geben könnte. Die französische Presse zweifelt nicht daran, daß die Konferenz am Donnerstag vertagt wird, wenn nicht etwas ganz Unerwartetes eintritt. Die Vertagung wird aber als das Ende, als „das Begräbnis des Weltwirtschaftsunternehmens von London" betrachtet. Das Hinarbeiten der Goldblockländer auf die Liquidierung der Konferenz erklärt sich aus ihrem Bestreben, von den Verpflichtungen des im Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskonferenz abgeschlossenen Zollwaffenstillstandes loszukommen, um Gegenmaßnahmen gegen die Auswirkungen des amerikanischen Exports treffen zu können, der sich des starken Anreizes einer abgewerteten Währung erfreut. Man wird die verschiedensten Versuche unternehmen, um die widerstrebenden Meinungen auf eine Kompromißformel zu einigen.

Dr. Ing. Fritz Todt

Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen.

Berlin, 6. Juli

Der Reichskanzler hat Dr.-Ing. Fritz Todt in München zum Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen bestellt.

Der neuernannte Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen stammt aus Pforzheim in Baden, ist 42 Jahre alt und kommt aus der Industrie. Nach mehrjähriger Tätigkeit als Bauleiter großer Tiefbauwerke war Dr. Todt seit 1928 Geschäftsführer und technischer Leiter der Bauunternehmung von Sager & Wörner Straßenbau G. m. b. H., München. Durch seine Tätigkeit in der Industrie ist Dr. Todt nicht nur in Süd- und Mitteldeutschland sondern auch im Norden und vor allem in Ostpreußen, Pommern und der Grenzmark mit den straßenbaulichen Verhältnissen vertraut und kennt aus seiner bisherigen Tätigkeit auch den Straßenbau in Italien, Frankreich, Jugoslawien und der Tschechoslowakei.

Der Nationalsozialistischen Partei gehört Dr. Todt seit 1922 an. Seit einer Reihe von Jahren war er Fachberater für Straßenbau in der von Gottfried Feder geleiteten Abteilung für Wirtschaftstechnik und Arbeitsbeschaffung.

Spende des Kanzlers

Zur Linderung der Not der Volksgenossen in Rußland.

Zur Linderung der Not unserer Volksgenossen in Sowjetrußland und Sudetenland hat Reichskanzler Adolf Hitler den im Reichsausschuß „Brüder in Not" zusammengeschlossenen volksdeutschen und kirchlichen Verbänden den Betrag von 1000 Mark zur Verfügung gestellt.

---

ganz andere sein als bisher: nicht mehr Kasernendrill usw., sondern Ausbildung zu technischen Spezialisten.

Ein zweiter wichtiger Punkt ist, daß der neue Krieg nur in der Luft entschieden werden wird. Dem Angreifer werden Verteidigungsarmeen ebenso gleichgültig sein wie Festungen, Eisenbahnen usw. Die Flugzeuge werden vor allem und sofort die technischen Großbetriebe des Gegners vernichten, d. h. also nicht die Kampftruppen, sondern die Zivilisten hinter der Front werden das erste Angriffsziel sein, überhaupt die Zivilbevölkerung, die dann natürlich schnellstens mürbe gemacht und zum Durchhalten unfähig sein wird.

Aus alle dem ergibt sich der dritte wichtige Punkt: der zukünftige Krieg wird durchaus ein chemischer sein mit Gasbomben, von deren fürchterlicher Wirkung wir uns gar keine Vorstellung machen können. Nach den chemischen Sachverständigen jenes englischen Werkes haben also die vollkommen recht, welche die furchtbaren neuen Gase hervorheben. Hinzu kommen dann auch noch bakteriologische Angriffsmittel, die also ansteckende Krankheiten unter der Bevölkerung verbreiten. Es wird von gewissen neuen Brandbomben berichtet, die beim Aufschlagen eine Temperatur von 3000 Grad erzeugen, so daß ihre Stahlmäntel flüssig werden und als feuriger Strom die Gebäude in Brand setzen. Wenige Flugzeuge genügen, um mit solchen Bomben große Städte einzuäschern. Andere Bomben vernichten im Umkreis von 1 Kilometer jedes Lebewesen.

An eine Verteidigung von Städten wie Lodon, Paris, Berlin wird nach dem Urteil eines englischen Mitarbeiters gar nicht zu denken sein. Unterstände usw. haben keinen Sinn, da sich über Ihnen sofort die Trümmer ganzer Straßenzüge auftürmen werden.

Außerordentlich heimtückisch sind die den Menschen schädigenden Gase. Manche durchdringen den Körper ganz unbemerkt, so daß das Opfer sich erst beim Eintritt des Todes seines Schicksals bewußt wird. Das ist dann ja freilich noch immer barmherzig, aber andere wirken um so fürchterlicher, und zwar so schnell und endgültig, daß 100 Flugzeuge die Bewohner einer Stadt wie Paris schnellstens töten würden. Vom Diphenylcyanarsin genügen 40 Tonnen um die 8 Millionen Einwohner Londons zu vergiften.

Was soll man nach alledem sagen? Nun, daß dies ja, wie Fuller sagt, nur noch eine Riesenmetzelei sein würde. Früher hatte der Krieg immerhin noch eine ritterliche und romantische Seite. Der hier geschilderte Krieg aber ist nichts als gemeiner Mord, zumal sein Hauptziel die Zivilbevölkerung wäre, d. h. er ist ein großes Verbrechen. Und wird ein durch Völkerbundsabkommen verpflichtetes Volk, wenn es zum Aeußersten gereizt wird, sich an irgendwelche Verbote jener Bomben halten? Gewiß nicht!

Ein Umstand macht bei alledem aber doch stutzig: wenn es so ist, wie auch französische Sachverständige es schildern, weshalb leistet sich dann Frankreich so kostspielige und doch künftig wertlose Festungsanlagen? Und weshalb hört man von solcher Art Krieg noch nichts von Ostasien her? Die Japaner sind für ihn doch sicherlich nicht zu zartfühlend.

Prof. D. Dr. E. Dennert.

Hinweise.

Billig und gut einkaufen, das ist doch sicherlich auch Ihr Ziel, und heutzutage wird Ihnen dies tatsächlich leicht gemacht! Wir verweisen dieserhalb auf die in der nächsten Zeitung erscheinende Beilage der Textilmanufaktur Haagen/Baden, die im besten Sinne des Wortes Wegbereiter ist, um dieses Ziel zu erreichen.

Alles, was sonnig glänzen soll, braucht Ata-Pflege. Großartig, wie leicht und schnell Henkel's Ata säubert. Kein Fleck, kein Kratzer bleibt zurück. Es gibt wohl teurere Reinigungsmittel, aber keine besseren.

Balbo gestartet

Das Geschwader auf dem Wege nach Irland

Londonderry, 5. Juli.

Der italienische Luftfahrtminister General Balbo ist mit seinem Flugzeuggeschwader Mittwochmittag um 13 Uhr in Richtung Island gestartet. Die Länge der dritten Etappe Londonderry—Reykjavik beträgt 1500 Kilometer.

Mussolini hatte General Balbo nach Londonderry eine telephonische Botschaft übermittelt, in der er ihn ersuchte, keine Gefahren auf sich zu nehmen und den Flug nicht zu überhasten. Die letzten Wetterberichte deuteten indessen auf eine Besserung der Wetterlage bei Island hin, so daß Balbo sich im Laufe des Mittwoch zum Weiterflug nach Reykjavik entschloß.

Ueberführung des toten Fliegers nach Italien.

Für den bei der Landung des Balbo-Geschwaders in Amsterdam ums Leben gekommenen Mechaniker, den Korporal Quintavalla, fand in einer katholischen Kirche in Amsterdam eine feierliche Totenmesse statt. Nach Beendigung der Messe wurde die sterbliche Hülle Quintavallas nach Rotterdam übergeführt, von wo sie mit einem italienischen Dampfer nach Italien befördert werden soll, um dort beigesetzt zu werden.

Die drei im Amsterdamer Krankenhaus untergebrachten verletzten Insassen des genannten Flugbootes befinden sich auf dem Wege der Besserung und werden voraussichtlich in wenigen Tagen die Rückreise nach Italien antreten.

•

In Island.

Das Balbo Geschwader ohne Zwischenfall in Reykjavik gewassert.

— Kopenhagen, 5. Juli. Wie aus Reykjavik (Island) gemeldet wird, sind die italienischen Flieger mit General Balbo an der Spitze im Laufe des Abends ohne Zwischenfall dort eingetroffen und glatt gewassert. Zum Empfang der Italiener waren alle nötigen Vorbereitungen getroffen. Für den Fall, daß der Weiterflug über Grönland gehen sollte, ist auch dort alles bereit.

Ein „Tag der Seefahrt"

Kundgebung der deutschen Seeleute in Bremerhaven.

Hamburg, 6. Juli.

Die Ortsgruppe der Nationalsozialisten auf dem Dampfer „Europa", die fast neun Zehntel der Besatzung ausmacht, ist auf den Gedanken gekommen, in einer großen Kundgebung in Bremerhaven unter der Bezeichnung „Tag der Seefahrt" innerhalb des nationalsozialistischen Befreiungskampfes auch dem deutschen Seemann an einem Tag das Wort zu geben. Am 29. und 30. Juli werden in Bremerhaven die Seeleute zusammenströmen, um vor aller Welt zu dokumentieren, daß der deutsche Seemann mit dem Nationalsozialismus aufs engste verbunden ist und in Treue zu seinem Führer, dem Volkskanzler Adolf Hitler, steht.

66 Millionen

Die ersten Volkszählungsergebnisse.

Nach den soeben im Statistischen Reichsamt zusammengestellten vorläufigen Ergebnissen der Volkszählung vom 16. Juni 1933 beträgt die ortsanwesende Bevölkerung des Deutschen Reiches ohne Saargebiet 65,3 Millionen Einwohner.

Zusammen mit den rund 830 000 Einwohnern des Saargebietes, in dem wegen der vorübergehenden Lostrennung von der deutschen Verwaltung nicht gezählt werden konnte, beziffert sich die ganze Reichsbevölkerung auf 66,1 Millionen Einwohner.

•

Das Ergebnis der Zählung

Länder und Provinzen	Ortsanwesende Bevölkerung 1933	1925
Preußen		
Provinz Ostpreußen	2 356 938	2 275 065
„ Brandenburg	2 747 520	2 615 132
Stadt Berlin	4 202 050	3 929 648
Provinz Pommern	1 942 367	1 920 368
Grenzmark Posen-Westpreußen	341 875	337 351
Provinz Niederschlesien	3 237 241	3 158 883
„ Oberschlesien	1 479 010	1 372 540
„ Sachsen	3 378 948	3 229 780
„ Schleswig-Holstein	1 596 811	1 536 670
„ Hannover	3 365 610	3 247 717
„ Westfalen	5 031 211	4 782 788
„ Hessen-Nassau	2 577 988	2 487 137
„ Rheinprovinz	7 627 117	7 205 802
Hohenzollern	73 387	72 372
Preußen insgesamt	39 958 073	38 241 253
Bayern	7 703 997	7 411 589
Sachsen	5 196 386	4 981 862
Württemberg	2 713 150	2 595 114
Baden	2 429 977	2 336 498
Thüringen	1 676 759	1 626 405
Hessen	1 426 830	1 358 445
Hamburg	1 181 548	1 128 788
Mecklenburg-Schwerin	708 077	687 599
Oldenburg	581 296	553 670
Braunschweig	518 736	508 660
Anhalt	365 824	351 692
Bremen	366 425	332 547
Lippe	179 305	166 038
Lübeck	136 469	127 540
Mecklenburg-Strelitz	112 809	112 052
Schaumburg-Lippe	50 469	48 660
Deutsches Reich	65 306 130	62 568 455

Zusammenschluß der Bausparkassen

Vom Wirtschaftspolitischen Amt der NSDAP. wird betont, daß gemäß der Verfügung vom 1. Juli 1933 der Reichskommissar Dr. h. c. Wagener und Direktor Möllers sämtliche bestehenden Bausparkassenverbände aufgelöst und liquidiert würden. Die einzelnen Bausparkassen würden dagegen durch diese Maßnahmen in ihrem Bestande keineswegs berührt.

Frauenbund für alkoholfreie Kultur.

Ueberall in unseren Gärten beginnt das Obst zu reifen. In Wald und Heide färben sich die Beeren. Da ist es Zeit, auf den großen gesundheitlichen Wert dieser Früchte hinzuweisen und an ihre Haltbarmachung zu erinnern. Der bekannte Ernährungsforscher Prof. v. Noorden nennt das Obst und den Obstsaft eine höchst wertvolle Ergänzungskost, die durch ihre Mineralstoffe, durch ihren Vitamingehalt, ihren Reichtum an Fruchtzucker und Obstsäuren nicht genug gewertet werden kann. Um den kostbaren Reichtum dieser Nahrung besser ausnutzen zu können, ist man in den letzten Jahren auch in Norddeutschland dazu übergegangen, die nicht unmittelbar in frischem Zustande gebrauchten Früchte als Süßmost zu „Flüssigem Obst" zu verwerten, in Dauerware umzuwandeln und unbegrenzt haltbar zu machen. Dies geschieht ohne irgendein Konservierungsmittel durch Erhitzen des ausgepreßten und gefilterten Rohsaftes. Diese Herstellungsweise ist dadurch noch besonders billig, wei nur bei einigen sehr herben Früchten ein geringer Zuckerzusatz benötigt wird.

Auf diese Weise ist das naturreine „Flüssige Obst" das ganze Jahr vorhanden und unsere Bevölkerung sollte vielmehr dazu übergehen, sich dieser köstlichen Zusatznahrung, die uns in reichem Maße jedes Jahr von der Natur beschert wird, teilhaftig zu machen. Sie vermag wie kein anderes Getränk den Ermüdeten wahrhaft zu laben, den Hungrigen zu stärken, den Durst zu stillen, den Kranken zu heilen, den Gesunden vor Krankheit zu schützen.

Darum hat der Deutsche Frauenbund für alkoholfreie Kultur überall Lohnmostereien ins Leben gerufen, die in gemeinnütziger Arbeitsweise sich in den Dienst der Verbreitung dieses „Flüssigen Obstes" stellen. Auch unsere 1. Bielefelder Süßmosterei, Siegfriedstraße 16, Nähe Siegfriedsmarkt, ist am 1. Juli wieder eröffnet, um wie in den Vorjahren alle Arten von Beeren usw. anzunehmen und daraus gegen geringes Entgelt erfrischende Getränke herzustellen.

•

„Neuzeitliche Einkochverfahren" interessieren die Hausfrauen in dieser Jahreszeit besonders, und so wird der aufschlußreiche Artikel darüber im Juliheft der Monatsschrift „Neue Hauswirtschaft" (begründet von Dr. Erna Meyer-München, herausgegeben von Lotte Weitbrecht, Stuttgart) von vielen Seiten sehr begrüßt werden, zumal auch über das „Sterilisieren im elektrischen Ofen" von einer Hauswirtschaftslehrerin genaue Angaben gemacht werden. Wer die „Neue Hauswirtschaft" noch nicht kennt, dem empfehlen wir, sich kostenlos eine Probenummer von K. Thienemanns Verlag, Stuttgart-S., Blumenstraße 36, kommen zu lassen. Der Bezugspreis für die „Neue Hauswirtschaft" beträgt vierteljährlich RM. 2,— und 20 Pfg. Zustellgebühr.

Schriftleitung: W. Kraa: Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld. Schließfach 28. Für Geldsendungen Postscheckkonto: Hannover 67377, „Aufwärts", Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Welches **christliche Ehepaar** nimmt baldmögl. einen blonden,

gesunden Knaben

von 14 Mon., aus guter Familie, **an Kindes Statt an?**

Evangelisches Jugendamt, Gelsenkirchen.

Bohnerwachs

hochglänzend und trittfest, sparsam im Verbrauch. 10-Pfd.-Eimer Mk. 5.— franko **Wilh. Scholz, Hamburg 36,** Fach 261/A.

Erholung — Verjüngung — Heilung im

Kurort Elim - Bad Wildungen

Christliches Erholungsheim. Ruch Wildunger Kuren ohne Kurtaxe. Gelegenheit zu **Naturkuren** auf Wunsch durch Direktor Goßmann (40jähr. Praxis Sanatorium Kassel Wilhelmshöhe) gegen alle Krankheiten, außer ansteckende. — 5 Pensionshäuser. Badehaus für alle Art Naturmittel. Sonnenbäder. Massagen. Vegetarische- und Fleischküche, Rohkost. Herrliche Landschaft, waldiger Südabhang. Pension 3,— bis 4,50 Mk. Bilderreicher Prospekt.

Evangelische Gemeinschaft.

Reise
nicht ohne Photo-Apparat
und Material
von
Photo-König, Bielefeld, Rathausstraße 8

Post-Bestellschein

Der Unterzeichnete bestellt hiermit 1 Exemplar des „Aufwärts".

Für Monat ..... 193 . Der Bezugspreis wolle von mir erhoben werden. Ich wünsche die Zeitung zugestellt zu erhalten*). Ich werde die Zeitung abholen*).

Name .....

Stand .....

Wohnort .....

Straße und Hausnummer .....

An das Postamt .....

Diesen Zettel in den Briefkasten werfen, dem Briefträger übergeben, oder an die Geschäftsstelle Bethel bei Bielefeld einsenden. Der Bezugspreis beträgt monatlich RM 1.25 und 36 Pfg. Bestellgeld.

*) Nichtzutreffendes streichen.



Aluminium trocken

putzen



polieren



ist's von Nutzen, die Sachen *trocken* stets zu putzen! Und nach dem Putzen mit einem *trockenen* Tuch nachreiben!

ATA Henkels Putz- und Scheuerpulver putzt und reinigt alles! Hergestellt in den Persilwerken

Nehmen Sie zum Aufwaschen, Spülen, Reinigen Henkel's Irit!

Für die Einmachzeit



zum Einkochen von Obst und Gemüse empfehlen wir Ihnen unsere bewährten

Aluminium-Einmach-Kannen

Gleichzeitig bieten wir Ihnen, in unserer eigenen Werkstätte hergestellte **Korbwaren, Sessel und Liegestühle** an.

Tiberias-Werkstätten
Bethel bei Bielefeld

Der Rundfunkhörer

die geschmackvoll ausgestattete Funkzeitschrift für die deutsche Familie

bringt:

ein ausführliches Europaprogramm, reich illustrierte, kulturelle Aufsätze aus allen Gebieten, eine unbeeinflußte Rundfunk-Kritik, gediegene Romane, Rätsel- und Basteecke

Monatl. Bezugspreis nur noch 85 Pf. zuzüglich 6 Pf. Zustellgebühr

Einzelheft **23** Pf.

Zu bezieh. durch die Post u. jede Buch- u. Zeitschriftenhandlg. Probehefte kostenl. vom Verlag „Der Rundfunkhörer" G. m. b. H., Berlin SW 68

Bethel.

— Am Donnerstag abend, 6. 7., findet in Verbindung mit dem Wochengottesdienst in Zion ein Bittgottesdienst im Hinblick auf die am Freitag zu erwartenden ernsten Entscheidungen in der Kirchenfrage statt. Die Gemeinde wird dazu herzlich eingeladen,

— **Weggenossenkreis.** Donnerstag, 8¼ Uhr: Bibelstunde bei Lic. Frick.